

# Ländliche Räume in Niedersachsen



Arbeitspapier aus den Werkstattgesprächen



## Inhalt

# Ländliche Räume in Niedersachsen

Vorbemerkung	3
1. Ausgangssituation: Niedersachsen im Vergleich	4
2. Erfordernisse und Ziele: Vielfalt annehmen, Teilhabe gewährleisten, neue Chancen erschließen	6
3. Konzept: Aktive Struktur- und Raumordnungspolitik für den notwendigen Wandel in den Regionen	8
4. Sechs Handlungsfelder für die erfolgreiche Entwicklung ländlicher Räume	
4.1 Kinder und Familien	10
4.2 Gesundheit und Pflege	14
4.3 Erreichbarkeit und Daseinsvorsorge	18
4.4 Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung	22
4.5 Energiewende	28
4.6 Natur- und Kulturlandschaft	32
5. Zur Rolle des Staates und einer neuen Förderphilosophie des Landes	36

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde zum Teil auf die Nennung der weiblichen Form verzichtet; egal, welche Formulierung gewählt wurde, immer sind beide Geschlechter in gleicher Weise gemeint!

*Die Positionen und Schlussfolgerungen der Sachverständigen geben nicht in jedem Fall die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.*

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen, Theaterstraße 3, 30159 Hannover  
niedersachsen@fes.de, Fax: 0511 357708-40, www.fes.de/niedersachsen

*Redaktion:* Petra Wilke

© 2012 Friedrich-Ebert-Stiftung

*Layout:* Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

*Fotos:* fotolia.de

*Druck:* agenturdirekt, Druck + Medien GmbH, Hannover

Printed in Germany 2012

ISBN: 978 - 3 - 86498 - 332 - 0



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence

## Vorbemerkung

Niedersachsen, das zweitgrößte Flächenland Deutschlands, ist ein Bundesland mit großen regionalen und räumlichen Disparitäten: Unterschiedliche Landschaften, (Metropol-) Regionen und ein hoher Anteil ländlicher Gebiete prägen das Land. Niedersachsen lebt von dieser Vielfalt. Vielfalt bedeutet Herausforderung und Stärke. Um dieses Potenzial zu entdecken und (an)zu erkennen sowie die damit verknüpften Chancen auszuschöpfen, bedarf es besonderer innovativer politischer Impulse und Anstrengungen.

Zu den größten Herausforderungen der Zukunft in Niedersachsen gehören die Gestaltung des demografischen Wandels und die Bewältigung des Fachkräftemangels. Bis 2025 werden weite Teile des Landes mit Ausnahme des Westens zur Schrumpfreion. Die Abwanderung in den Süden Deutschlands wird der demografische Wandel noch verstärken. Mit dem gravierenden Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahren in Niedersachsen wird vor allem der Anteil junger Menschen weiter sinken, und der Anteil der Älteren steigen. Prekär wird die Entwicklung dadurch, dass – wie wissenschaftliche Studien, u. a. auch die FES-Niedersachsenstudie, belegen – gerade die qualifiziertesten der jüngeren Bevölkerungsgruppen, also die qualifizierten Nachwuchskräfte, aus Niedersachsen fortziehen, weil sie die Zukunftsaussichten des Wirtschaftsstandortes und die beruflichen Perspektiven als eher gering einschätzen.

Dass dies vor allem die ländlichen Räume betrifft, die hierbei deutlich im Nachteil sind, erschwert und verschärft diesen Befund, auf den verschiedene Wirtschafts- und Demografieindikatoren hinweisen. Die ländlichen Räume in Niedersach-

sen stehen vor zahlreichen und neuen Herausforderungen eines tiefgreifenden Strukturwandels, der differenzierte politische Antworten dringend notwendig macht. Entscheidend für die Zukunft der ländlichen Räume wird eine soziale und verantwortungsvolle Politik sein, die die Fläche des Landes in ihre Handlungsansätze einbezieht.

Das vorliegende Arbeitspapier möchte Anregungen für eine zukunftsorientierte soziale und nachhaltige Entwicklung und Gestaltung der ländlichen Räume in Niedersachsen mit hoher Lebensqualität, Wirtschafts- und Innovationskraft geben. Auf der Grundlage von sechs Handlungsfeldern (wie zum Beispiel Kinder und Familie, Gesundheit und Pflege, Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung) werden die mit diesen Zielen verbundenen Anforderungen eines sozialen und teilhabeorientierten Politikkonzeptes für die ländlichen Räume aufgezeigt. Mit der Benennung von konkreten Maßnahmen zu jedem einzelnen Politikfeld werden praktische Beispiele, Ideen und Vorschläge mit handlungsorientierten Interventionen und praxisorientierten Vorgehensweisen unterbreitet, die zur weiteren Diskussion und Auseinandersetzung um die besten Konzepte und Lösungsmodelle für die ländlichen Räume in Niedersachsen anregen sollen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle für die engagierte Mitarbeit und die konzeptionelle Erarbeitung dieses Arbeitspapiers bei allen mitwirkenden ExpertInnen und Sachverständigen der Werkstattgespräche! Wir würden uns freuen, wenn dieses Arbeitspapier dazu beiträgt, die Diskussion zur Zukunft der ländlichen Räume in Niedersachsen argumentativ zu bereichern und voranzutreiben.

*Petra Wilke*  
Leiterin des Landesbüros Niedersachsen  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

# 1. Ausgangssituation: Niedersachsen im Vergleich

In Deutschland öffnet sich die Schere zwischen den Regionen mit hervorragenden und denjenigen mit sehr ungünstigen Zukunftsaussichten immer weiter. Betrachtet man die Zukunftsfähigkeit der Bundesländer im Vergleich, so liegt **Niedersachsen nicht vorne**. Gemessen etwa am Zukunftsindex der Prognos AG 2010 nimmt Niedersachsen lediglich den sechsten Platz ein. Andere Rankings zeichnen ein ähnliches Bild. Unter den Flächenländern liegen nur Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland hinter Niedersachsen. Dagegen rangieren Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen im Prognos-Index vor Niedersachsen, die ersten drei genannten Länder sogar sehr deutlich. Die Analyse der einzelnen Themenbereiche zeigt klar, dass Niedersachsen bei keinem zukunftsbestimmenden Thema über eine mittlere Platzierung hinauskommt: Das Land belegt bei der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit den siebten Rang, bei der demografischen Bilanz und Aussicht ebenfalls den siebten und bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt den achten Rang. Diese Mittelplätze verweisen alle auf einen erheblichen Entwicklungsbedarf. Zum Vergleich: Baden-Württemberg besitzt nach dem Prognos-Index eine um ein Drittel höhere Innovationskraft. Beim Arbeitsmarkt erreicht das bestplatzierte Flächenland Hessen um ein Viertel bessere Werte als Niedersachsen.

Der dargestellte Rückstand in wesentlichen strukturellen Handlungsfeldern beschreibt für Niedersachsen ein auf Dauer schwerwiegendes Entwicklungshemmnis. Als Flächenland mit einem hohen Anteil ländlicher Gebiete betrifft das in besonderem Maße die Regionen außerhalb der städtischen Verdichtungsräume. Es muss daher der Anspruch einer sozialen und verantwortungsbewussten Politik sein, in ihre Handlungs-

ansätze für eine bessere ökonomische und soziale Entwicklung die Fläche des Landes einzubeziehen. Eine Politik für ländliche Räume muss somit fester Bestandteil der zukünftigen Strukturpolitik für die **Entwicklungsfähigkeit des gesamten Landes Niedersachsen** sein.

Denn insbesondere die ländlichen Räume stehen vor zahlreichen und neuen **Herausforderungen eines tiefgreifenden Strukturwandels**, der in seiner Intensität an Bedeutung und Schärfe noch zunehmen wird. Der wachsende globale und nationale Wettbewerb zwischen Staaten und Regionen und die abnehmende Bedeutung geografischer Entfernungen sind wichtige Erscheinungsbilder dieser Entwicklung. Gerade der demografische Wandel, der zunehmende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die steigende Komplexität und Dynamik von Wirtschaftsprozessen sowie der Klimawandel und die Energiewende sind aktuelle Fragen, auf die auch die ländlichen Räume Antworten finden müssen, um nicht von bestimmten Entwicklungen überholt oder abgehängt zu werden.

Aus den vorgenannten Faktoren ist kaum einer für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zukunft einer ländlichen Region von so zentraler Bedeutung wie ihre **demografische Entwicklung**. Denn die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur schlagen unmittelbar auf das Sozial- und Gemeinwesen, das Bildungssystem, das Verhältnis der Generationen zueinander oder auf die Chancen der Integration durch. Mit dem generellen Bevölkerungsrückgang auf der einen Seite, geht auf der anderen Seite ein steigender Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften einher. Nach Einschätzungen unterschiedlicher Institute droht in Deutschland ein **Fachkräftemangel**.

Die Betroffenheit der Regionen von diesen Phänomenen fällt sehr unterschiedlich aus. Es besteht die Gefahr, dass es gerade bei den ländlichen Regionen, die wenig attraktiv sind, zu einer zunehmenden Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften kommen wird.

**Wettbewerbsvorteile in der Wissensgesellschaft** erreichen künftig vor allem diejenigen Regionen, die es schaffen, die richtigen Köpfe für die richtigen Aufgaben und damit auch deren Kompetenzen zu binden. Hierfür müssen sie die Interessen und Bedürfnisse der Menschen ansprechen und das jeweilige Arbeitsumfeld möglichst optimal gestalten. Von wesentlicher Bedeutung sind dabei die Lebensqualität und das Image einer Region.

In den Regionen der Zukunft liegen Arbeit und Wohnen, Lebensqualität und Natur, Wellness und Freizeit nah beisammen und ergeben so ein besonders interessantes Umfeld. Zusätzliche kreative Angebote in Freizeit, Kultur, Sport und Erholung erzeugen Standortvorteile. Dies gilt nicht nur für städtisch geprägte Gebiete. **Auch die ländlichen Räume** müssen ein gleichermaßen **attraktiver Wohn- und Lebensstandort** sein. Hier drohen allerdings einzelne Gebiete in Niedersachsen ins Hintertreffen zu gelangen, andere sind es schon. Betrachtet man alle Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands im Vergleich, dann liegen zum Beispiel im Prognos-Zukunftsindex nur zwei niedersächsische, nämlich Braunschweig und Wolfsburg, unter den ersten fünfzig Kommunen. Unter den ersten Einhundert finden sich lediglich sieben der insgesamt 46 niedersächsischen Kreise und kreisfreien Städte. Dazu gehören der Landkreis Vechta, der Landkreis Emsland, der Landkreis Gifhorn, die Stadt Oldenburg und der

Landkreis Leer. Bedenklich ist, dass sich neun Kreise unter den letzten 100 Rängen finden und daher mit erheblichen Zukunftsrisiken konfrontiert sind. Dazu gehören die Landkreise Goslar, Northeim, Osterode am Harz, Holzminden, Nienburg (Weser), Lüchow-Dannenberg sowie die Städte Delmenhorst und Wilhelmshaven. Während es also einigen Regionen gelingt, sich durch eine gute Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Demografie zu behaupten (z.B. die Gemeinden und Kreise im Oldenburger Münsterland), fallen andere stark zurück. Diese wachsenden Unterschiede werden auf Dauer zu schwerwiegenden Problemen für die soziale Stabilität und den Wohlstand im gesamten Land führen. Denn die **wachsende Schere zwischen den Räumen verstärkt die dafür ursächlichen Faktoren** wie Abwanderung und Fachkräftemangel. Dieser Trend überfordert auf Dauer auch die Ausgleichsfähigkeit des Landes. Umgekehrt aber zeigen solche Unterschiede, dass es offenbar möglich ist, schwierige Situationen zu meistern, negative Entwicklungen abzumildern und sogar umzukehren.

Es bedarf daher besonderer Anstrengungen und eines glaubwürdigen Leitbilds der Politik für ländliche Räume, um für das gesamte Land den richtigen Mix an Zukunftsfähigkeit herzustellen. Dies verlangt, dass Niedersachsens ländliche Regionen zu Vorreitern einer nachhaltigen Entwicklung mit hoher Lebensqualität, Wirtschafts- und Innovationskraft werden und damit überregionale Aufmerksamkeit erlangen. Bislang gelang das aus eigener Kraft nur wenigen Gebieten in Niedersachsen. Dies zu ändern, ist die vordringliche Aufgabe der Landespolitik in den kommenden Jahren. Die damit verbundenen Anforderungen werden in dem vorliegenden Papier aufgezeigt.

## 2. Erfordernisse und Ziele: Vielfalt annehmen, Teilhabe gewährleisten, neue Chancen erschließen

Politik für ländliche Räume ist **Politik für einen Großteil der Menschen** in Niedersachsen. Deshalb müssen die Bedürfnisse und Entwicklungsperspektiven der Fläche wieder in das Zentrum der Landespolitik rücken: nicht im Gegensatz zu den Städten, sondern in einem solidarischen Miteinander der Regionen. Allen Menschen muss eine greifbare Perspektive geboten werden, gleich aus welchem Teil des Landes sie kommen und wo sie leben.

Dabei sind die sehr **unterschiedlichen Voraussetzungen der ländlichen Räume** zu berücksichtigen. Neben leistungsstarken Regionen mit hoher Lebensqualität gibt es Räume, in denen die Bevölkerung stark abnimmt und die vom wirtschaftlichen Strukturwandel negativ betroffen sind. So wie es den ländlichen Raum nicht gibt, sind zu dessen Entwicklung Blaupausen und einfache Antworten nicht geeignet. Erforderlich ist stattdessen eine **regional differenzierte Struktur- und Raumordnungspolitik**, die auf die jeweiligen Stärken und Schwächen der Regionen angemessen reagiert.

Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird der **demografische Wandel** bleiben. Bevölkerungsrückgang, Alterung und soziale Segregation, regionale Wanderungsbewegungen sowie eine wachsende Unterschiedlichkeit der Bevölkerungsstrukturen und der Lebensbedingungen sind unabwendbare Rahmenbedingungen der Landespolitik. Es wird in zunehmendem Maße zu einer Konkurrenz um Menschen, Fachkräfte und Ressourcen kommen. Unvermeidlich ist daher auch, dass es eine erhebliche Zahl von Regionen, Teilräumen und Orten geben wird, die weiter an Entwicklungskraft und Attraktivität verlieren.

Zugleich bestehen aber noch erhebliche, vielfach **unausgeschöpfte Potenziale**. Hinzu kommen neue Ansprüche an Raum und Fläche. Hieraus können Zielkonflikte für die künftige Nutzung von Natur und Kulturlandschaften erwachsen – z. B. im Rahmen der Energiewende und mit Blick auf die Inanspruchnahme ländlicher Räume als Energielieferanten. Auch diese Chancen und Anforderungen stellen sich regional unterschiedlich dar. Sie sind von vorhandenen Wertschöpfungsketten und Clustern abhängig: So sichern nach wie vor die Land- und Forstwirtschaft, der Tourismus und die klein- und mittelständischen Betriebe vielerorts die wirtschaftliche „Grundlast“. Diese Branchen gilt es zu erhalten und zukunftssicher aufzustellen. Die Aufrechterhaltung und qualitative Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung ist ebenso eine große Herausforderung. Zugleich wird die Gesundheitswirtschaft einen zunehmend wichtigeren Faktor für die ökonomische Entwicklung und die regionalen Arbeitsmärkte bilden. Schließlich bieten auch soziale Netze und intakte Beziehungssysteme, kurz, das was wir Heimat nennen, eine häufig unterschätzte „Ressource“. Das Leben auf dem Land und in der dörflichen Gemeinschaft besitzt unverändert hohe Attraktivität, vor allem wenn es gelingt, auf veränderte Lebenskonzepte zu reagieren.

Fortschrittliche und soziale Politik für ländliche Räume begreift diese Herausforderungen als **Verpflichtung und Chance zur aktiven Gestaltung eines notwendigen Strukturwandels**. Diese Aufgabe ist nicht neu, sondern musste in den letzten Jahrzehnten in vielen Regionen gemeistert werden. Beispiele sind der bis heute andauernde Übergang im Ruhrgebiet von der Montanindustrie hin zu einer modernen Dienstleistungs- und Fertigungsregion, die Entwicklung der südlichen

Weser-Ems-Region zu einem führenden Cluster der Agroindustrie oder die Profilierung von Leer als Reedereistandort. In all diesen Fällen waren Land und Kommunen gleichermaßen gefordert. Erfolgreiche Umstrukturierungsprozesse gelangen vor allem dort, wo sich beide als Verantwortungsgemeinschaft begriffen und gemeinsamen Zielen folgten. Dies gilt heute auch für die ländlichen Räume und unter ihnen besonders für jene, die unter Strukturschwäche leiden.

Für ihre erfolgreiche Entwicklung sind **vier Grundsätze** maßgeblich:

- **Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse** – verstanden nicht als Verpflichtung zur Herstellung gleichartiger Lebensbedingungen, sondern als Gewähr für Teilhabe (auch auf unterschiedlichen Wegen), Chancengleichheit und Solidarität zwischen den Regionen.
- **Bekämpfung von Strukturschwäche und Nutzung regionaler Stärken** – damit Vermeidung eines Konflikts zwischen Stadt und Land. Stattdessen gezielte Unterstützung von Städten und Landstrichen mit Struktur- und Demografieproblemen und zugleich Förderung starker Regionen als materielle Basis für die Solidarität zwischen den Regionen.
- **Schaffung neuer Entwicklungschancen auch für entlegene Regionen** – als zentrales Versprechen einer Strukturpolitik, die zunächst auf vorhandene und noch zu erschließende Wachstumspotenziale sowie auf den Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität zielt. Das heißt, damit kein Versprechen einer vollständigen Ausstattung überall, sondern auf eine faire Entwicklungschance bei vorhandenen Potenzialen und örtlichem Engagement.
- **Befähigung zum Wandel** – gestützt auf gegebene und neue Entwicklungschancen und auf die notwendige Bereitschaft zum Wandel in den Regionen als Unterstützung für Engagement und Kompetenz vor Ort sowie zur Bewältigung eines längerfristigen Strukturwandels und unvermeidlicher Schrumpfungsprozesse. Wichtig ist hierzu insbesondere die Sicherung handlungsfähiger Kommunen als Träger örtlicher Daseinsvorsorge und einer differenzierten „Entwicklungspolitik“.

### 3. Konzept: Aktive Struktur- und Raumordnungspolitik für den notwendigen Wandel in den Regionen

Bereits im Jahr 2007 legte die Enquete-Kommission des Niedersächsischen Landtags ihren Bericht vor, der dringende Handlungsbedarfe skizzierte. Bisher hat es jedoch keinen nachhaltigen Ansatz zu einer umfassenden Weichenstellung zur Gestaltung des demografischen und strukturellen Wandels in den unterschiedlichen Regionen Niedersachsens gegeben. Anstatt den dort geschilderten Problemen und Herausforderungen gerecht zu werden, ist ein Rückzug des Staates aus der Fläche zu beobachten.

Ein zentrales Dilemma niedersächsischer Verwaltungspolitik ist dabei die Tatsache, dass nach der **Auflösung der Bezirksregierungen** keine Strukturen bestanden oder geschaffen wurden, die in den Regionen überörtliche Koordinations- und Bündelungsaufgaben übernehmen konnten. Das Argument, der Verzicht auf Mittelinstanzen stärke die Kommunen und deren Gestaltungsmöglichkeiten, überzeugt nicht. Die angekündigte Verlagerung umfangreicher Aufgaben fand nicht statt, hätte aber aufgrund unterschiedlichster Kapazitäten viele Städte und Kreise ohnehin überlastet. Zugleich fehlte eine aktiv gestaltende **Raumordnung und Landesplanung**, die den Rahmen für eine wirksame Strukturpolitik geboten hätte. So erschöpft sich die Rolle des Landes seit Jahren in der Ressortkonkurrenz zwischen einer ordnungspolitischen Marktorientierung einerseits und der zunehmend an den Rand gedrängten Landesplanung und -entwicklung andererseits.

Auf die eindeutigen Befunde zur heterogenen Entwicklungskraft der Regionen und einer sich vertiefenden **Spaltung des Landes in prosperierende und abgehängte Räume**, wie sie sowohl im Endbericht der Enquete-Kommission 2007 als auch im sog. Hesse-Gutachten 2010 beschrieben sind, fehlt bisher eine substanzielle politische Antwort. Aus den bereits vorliegenden Analysen

hätte ein handlungsorientiertes Strukturkonzept erwachsen können. Dabei zeigen andere Bundesländer, wie eine zielgerichtete Landesentwicklung betrieben werden kann. So stellte beispielsweise Sachsen bereits 2003 einen Landesentwicklungsplan auf und schreibt diesen kontinuierlich als fachübergreifendes Planungsinstrument fort.

In Niedersachsen ist hingegen viel Zeit ungenutzt verstrichen. Ausgelöst durch den politischen Druck der kommunalen Ebene gab es lediglich den Versuch, mit dem sog. „Zukunftsvertrag“ überschuldeten und strukturschwachen Kommunen kurzfristig finanzielle Erleichterung zu verschaffen. Dieser Ansatz greift zu kurz: Denn der Zukunftsvertrag ist ein kostspieliges Instrument, das Mitnahmeeffekte hervorruft und die eigentlichen Ursachen regionaler Wachstumschwächen nicht behebt. **Es fehlt weiterhin an regionalen Entwicklungsstrategien**, die dauerhaft helfen, die bestehenden Strukturschwächen und deren drohende Verschärfung durch den demografischen Wandel zu überwinden.

Auch der Verweis auf Entwicklungs-, Stabilisierungs- und Anpassungsstrategien beschreibt bislang nur das, was sich in den Regionen tut. Er liefert aber noch kein Konzept, **wie den Herausforderungen vor Ort begegnet werden kann**. Das Land hat seitdem inhaltlich das nachvollzogen, was mit der Verwaltungsreform begonnen wurde: den Rückzug der Landespolitik aus der Fläche und die Verabschiedung von einer aktiven Struktur- und Raumordnungspolitik, worunter ländliche Räume und solche mit Strukturproblemen besonders leiden.

Dieser Entwicklung muss eine soziale und verantwortungsvolle Politik mit dem **Bekenntnis zur aktiven Gestaltung des notwendigen Wandels** entgegengesetzt werden. Die Teilräume in Nieder-

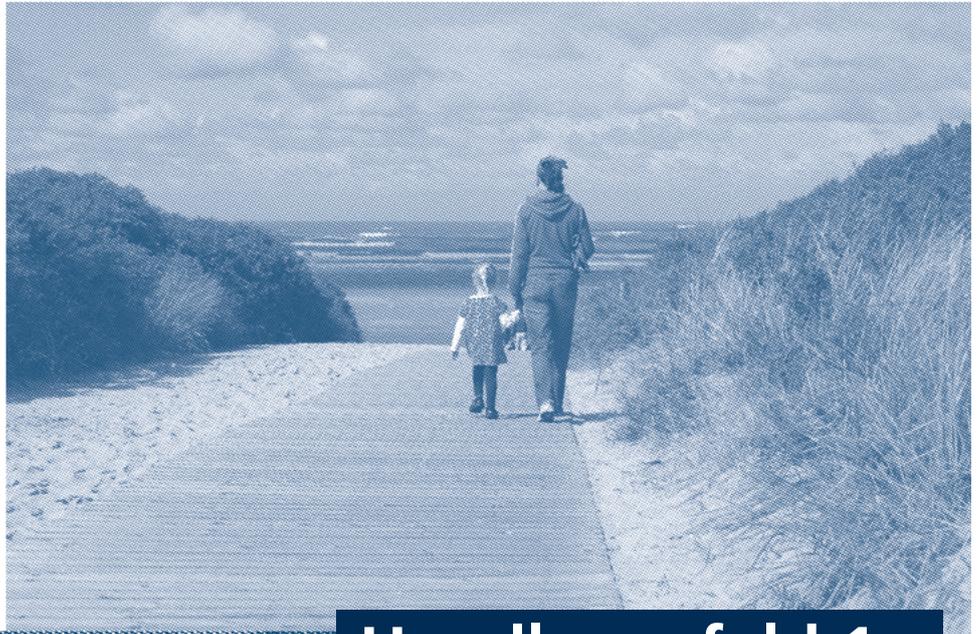
sachsen brauchen einen Orientierungsrahmen und die Unterstützung des Landes, ohne sie in ihren Entwicklungsperspektiven bevormunden zu wollen. Geboten ist eine **neue Verantwortungspartnerschaft**, um die gegebenen Herausforderungen gerade in den ländlichen Räumen zu bewältigen.

Eine solche aktive Struktur- und Raumordnungspolitik besitzt **vier Schwerpunkte**:

1. **Klarer raumordnungspolitischer Rahmen** und zügige Umsetzung von notwendigen Entscheidungen, jedoch nicht im Sinne einer statischen Raumordnung, sondern als anpassungsfähige, bei gegebenen Voraussetzungen auch zur berechtigten Ausnahme und funktionalen Definition von Zielen fähige Landesentwicklung.  
*Ein Beispiel: Innen- vor Außenentwicklung, Klein- und Mittelstädte privilegiert gegenüber Umlandgemeinden und entlegenen Dörfern; daneben aber auch zusätzliche Ressourcen und Ausnahmen für innovative Konzepte und örtliches Engagement unabhängig von der Lage im zentralörtlichen System – etwa bei der Profilierung eines Orts als Bioenergiedorf.*
2. **Realistische Zuordnung und frühestmögliche Konzentration öffentlicher Ressourcen** an Orten und in Infrastrukturen mit entsprechender Bedarfs- und Auslastungsperspektive; Verstärkung entwicklungsfähiger Orte und Regionen; sowie Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge in der Fläche durch Erreichbarkeit, weniger durch statische Einrichtungen.  
*Ein Beispiel: Zusammenziehen weiterführender Schulen mit besseren Angeboten und Fördermöglichkeiten an weniger Standorten und Organisation einer flexiblen und mit kleineren Kapazitäten ausgeführten Schülerbeförderung; Ergänzung her-*

*kömmlicher Überland-Buslinien durch die Förderung zielgruppenspezifischer und privater Angebote (Land- und Seniorentaxis, Taxigutscheine für Jugendliche an Wochenenden und in den Abendstunden, Bürgerbusse usw.).*

3. **Politik der fairen Chance** als Versprechen eines individuellen Angebots für alle Landesteile; gemeint ist dabei jedoch keine Orientierung an absoluten Ausstattungsniveaus, sondern flexible und unbürokratische Handhabung von Ressourcen zur flexiblen und freien Verfügung der örtlichen Akteure; außerdem Möglichkeit einer kalkulierten Ausnahme von Vorgaben der Raumordnung und Funktionszuordnung, wenn entsprechende Ideen, Konzepte und das nötige Engagement vor Ort vorhanden sind.  
*Ein Beispiel: Förderung einer kooperativ genutzten Feuerwehrinfrastruktur; zugleich Übergabe und Betriebskostenförderung ehemaliger Spritzenhäuser zur ehrenamtlichen Nutzung als Begegnungsstätten und Gemeinschaftshäuser.*
4. **Dezentrales Handeln und regionale Koordination** verstanden nicht als simple Subsidiarität oder zentrale Steuerung, sondern als ein Ansatz, der „Know-how“ und Engagement in der Fläche nutzt, die jeweiligen Entscheider dazu befähigt und einbindet und in Verbindung damit die Rolle des Staates aktiv interpretiert (Rückkehr in die Fläche).  
*Ein Beispiel: Wiederaufbau regionaler Behördenkapazitäten mit einem Fokus auf übergreifende Raumordnungs- und Entwicklungsaufgaben; als wichtige Kompetenz dabei Initiierung und Begleitung des Prozesses zur Aufstellung regionaler Entwicklungskonzepte als regional vereinbarter Zielkatalog zur Verzahnung bestehender Planungsebenen und zur besseren Fokussierung von Förderpolitiken.*



# Handlungsfeld 1 KINDER UND FAMILIEN



## 4. Sechs Handlungsfelder für die erfolgreiche Entwicklung ländlicher Räume

### 4.1 Kinder und Familien

Landesweit ist heute ein **Rückgang klassischer Familienstrukturen** zu beobachten. Sowohl Mehrpersonen-, als auch Mehrgenerationen-Haushalte nehmen in Niedersachsen zahlenmäßig ab. Gleichzeitig ist eine Zunahme an Einpersonenhaushalten zu beobachten. Diese Tendenz ist in Niedersachsen regional unterschiedlich stark ausgeprägt. Sie ist in den niedersächsischen Ballungsräumen wesentlich deutlich erkennbarer als beispielsweise in ländlichen Räumen wie dem Oldenburger Münsterland, wo noch 19 Prozent der Bevölkerung mit mindestens zwei Generationen unter einem Dach zusammenleben und rund 85 Prozent der Eltern verheiratet sind.

Aber auch für die ländlichen Räume Niedersachsens ist dieses durch das 19. und 20. Jahrhundert geprägte Familienbild nicht mehr repräsentativ. Höhere Bildungsabschlüsse, eine große Anziehungskraft städtisch geprägter Räume auf junge Menschen und moderne Anforderungen an das Berufsleben, die mit einer steigenden wachsenden Mobilität und Flexibilität einhergehen, führen dazu, dass die beschriebenen Familienstrukturen auch in ländlichen Räumen zunehmend aufbrechen. Junge Eltern können sich nicht mehr automatisch darauf verlassen, dass sie aus ihrer Familie Unterstützung erfahren, wenn Kinder kommen. Kinder werden als unkalkulierbares Risiko in der eigenen Lebensplanung wahrgenommen, wenn es innerhalb wie außerhalb der Familie keine oder nur wenig Unterstützungsleistungen bei Betreuung und Erziehung gibt. Diese Situation verschärft die negativen Folgen des **demografischen Wandels in den ländlichen Räumen**, die bereits unter dem Abwanderungsprozess junger Menschen leiden.

In Niedersachsen gibt es insbesondere in den ländlichen Gegenden bei der Zahl an **Tagesmüttern, Krippen und Kindertagesstätten** noch einen großen **Aufholbedarf**. So weisen die eher ländlich geprägten ehemaligen Regierungsbezirke Lüneburg und Weser-Ems bei den Krippenplätzen mit 15,6 Prozent bzw. 12,6 Prozent wesentlich schlechtere Werte auf als der Landesdurchschnitt, der im März 2011 bei 19,1 Prozent lag.

Das Betreuungsgeld der Bundesregierung trägt nicht dazu bei, die realen Problemlagen junger Familien zu lösen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Situation in den ländlichen Räumen wären diese Mittel in Niedersachsen wesentlich besser eingesetzt, um den **Krippenausbau** zu **beschleunigen**. Insgesamt bedarf es hier noch einer großen Kraftanstrengung, um überall in Niedersachsen die im Krippenpfeil vereinbarten 35 Prozent zu erreichen.

**Eltern bei  
Betreuung und  
Erziehung  
unterstützen**

## Bildungspotenziale systematisch heben

Vor allem aber bleibt die **Investition in Bildung** die wichtigste Voraussetzung, um den Lebenswert in der Fläche zu erhalten und wirtschaftliche Chancen zu eröffnen. Sinkende SchülerInnenzahlen dürfen deshalb nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich genutzt werden. Frei werdende Mittel sollen in die Sicherung und Erhöhung der Qualität des Schulsystems zurückfließen. Dabei gilt es, auch das Stadt-Land-Gefälle in der Bildungslandschaft auszugleichen.

Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen entwickeln sich gerade im ländlichen Bereich viele Grundschulen zur Einzügigkeit oder können nur einen jahrgangsübergreifenden Unterricht erteilen. Die damit einhergehende geringe Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrerstunden und die eingeschränkte organisatorische Flexibilität der Schulen beeinträchtigen die Vielfalt der Angebote. Folglich sind Fördermaßnahmen, die Gestaltung eines anregenden Schulumfeldes oder das Angebot von AG-Stunden kaum möglich. Die auch im Primarbereich sinnvolle Einrichtung von Ganztagschulen ist nur mit überproportionalen Personalkosten zu realisieren. Die **Konzentration solcher kleinen Schulen in größeren Einheiten** mit vollständigen Ganztagsangeboten und einem gesunden Mittagessen könnte dieses Qualitätsdefizit ausgleichen. Andererseits haben gerade auch Grundschulen in den von demografischen Veränderungen betroffenen kleinen Gemeinden eine wichtige Funktion für die Lebensqualität und die Identitätsbildung für die dort lebenden Familien. Zwischen diesen beiden Polen muss in einem intensiven Dialog mit den Eltern und den Schulträgern eine befriedigende Lösung für alle gefunden werden. Damit einhergehen muss jedoch der Ausbau flexiblerer Mobilitätsangebote, um die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.

Zunehmend sind in den ländlichen Räumen auch viele Haupt- und Realschulen in ihrem Bestand bedroht. Die Auszehrung dieser Schulformen und ihrer Standorte infolge des demografischen Wandels erhält einen weiteren Schub durch die Schullaufbahnentscheidungen der Eltern. Mit der **Errichtung kleinerer, drei- bis vierzügiger Gesamtschulen** können auch in den ländlichen Räumen Niedersachsens die Bildungschancen junger Menschen ihren jeweiligen Begabungen entsprechend erhöht werden. Diese Schulen sollen den Unterricht auch horizontal differenziert an verschiedenen Außenstellen oder Standorten erteilen und mit Gymnasien, anderen Gesamtschulen oder beruflichen Gymnasien kooperieren können. So ist auch eine effektivere Nutzung der vorhandenen Schulgebäude möglich. Ein solches Modell erweitert und erleichtert für Jugendliche in ländlichen Bereichen die Wahlmöglichkeiten zwischen allen Schulformen und Schulabschlüssen, je nach ihrem individuellen Entwicklungspotenzial. Es baut die Bildungsdisparitäten zwischen Stadt und Land ab, verbessert die Möglichkeiten der individuellen Förderung und erhöht so den Grad der Ausschöpfung von gesellschaftlichen Bildungspotenzialen. Hinzu kommt der Erhalt und die den regionalen Arbeitsmarktbedarfen entsprechende Profilbildung berufsbildender Schulen in der Fläche.

Ein wesentliches Ziel dieser Maßnahmen ist es, Dörfer und Kleinstädte als Wohn- und Arbeitsort für Familien attraktiv zu halten. **Kindertagesstätten und Schulen** müssen dazu mehr sein, als Orte der Wissensvermittlung. Sie werden zu **Ganztageseinrichtungen**, die vielfältige Angebote unterbreiten und soziale Kompetenzen vermitteln. Sie bilden kulturelle Zentren für die gesamte Bevölkerung. Hier müsste auch eine enge Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe stattfinden. In Niedersachsen sollten diese neuen Entwicklungen endlich aufgegriffen werden, um ein leistungsfähiges Bildungsangebot im ländlichen Raum sicherzustellen. Trotzdem würde die Umsetzung dieser Vorschläge zur bildungspolitischen Stärkung Niedersachsens und vor allem der ländlichen Räume nicht ohne eine finanzielle Kraftanstrengung des Landes gehen. Diese wird unter Beachtung der Schuldenbremse und eines klaren Haushaltskonsolidierungspfades nur in einem Stufenplan realisierbar sein.

**Konkrete Maßnahmen:**

- Zügiger Krippen- und Kindertagesstättenausbau und schrittweise Verbesserung der Betreuungsqualität;
- Integration von Kita und Schule;
- Demografierendite durch sinkende Schülerzahlen im Bildungssystem belassen;
- Stärkere Konzentration im Primarbereich auf Qualität und Chancengleichheit;
- 3- bis 4-zügige Gesamtschulen in der Fläche zulassen und Schülertransporte besser organisieren;
- Erhalt und regionalen Bedarfen entsprechende Profilschärfung berufsbildender Schulen in der Fläche.



## Handlungsfeld 2 GESUNDHEIT UND PFLEGE



## 4.2 Gesundheit und Pflege

Insbesondere in den ländlichen Räumen wird es im Zuge des demografischen Wandels zu einer massiven **Veränderung der bisherigen Strukturen im Bereich der Gesundheitsversorgung** kommen müssen. Denn mit dem Bevölkerungsrückgang in der Fläche geht ein überproportionaler Anstieg der Menschen mit medizinischem, pflegerischem und sozialem Versorgungsbedarf einher. Zudem kommt es mit zunehmendem Alter häufig zu multimorbiden Erkrankungen.

Der Anspruch an eine vorausschauende Politik ist es, dass die **Gesundheitsversorgung, Pflege und soziale Betreuung** der Menschen **in der Fläche auch zukünftig sichergestellt** ist. Das bisherige System aus Krankenkassen und ärztlicher Selbstverwaltung ist darauf unzureichend ausgerichtet. Während in den Städten eine Überversorgung durch die konzentrierte Ansiedlung von Ärzten herrscht, ist der Ärztemangel vordringlich ein Problem ländlicher Gebiete. Hier bewirken vor allem die derzeitigen Rahmenbedingungen im Krankenhaussektor eine Verlagerung in die häusliche, ambulante und rehabilitative Versorgung. Viele kleine Krankenhäuser, die in Niedersachsen besonders häufig vorzufinden sind, klagen über nicht kostendeckende Behandlungsentgelte und haben hohe Investitionsbedarfe. Zudem verstärken der Fachkräftemangel im ambulanten Sektor und die rückläufigen Selbsthilfekräfte der Familien schon heute den gesundheitspolitischen Handlungsdruck. Andere Bundesländer haben diese Entwicklungen bereits lange erkannt und ihre Landeskrankenhausgesetze den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die **Versorgung mit Krankenhäusern** muss aber **auch in entlegenen Gebieten** gesichert bleiben und von Bund und Ländern gefördert werden. Kommunale Häuser müssen sich ihrerseits auf diese Herausforderungen einstellen, um dem Trend zur Entstaatlichung stationärer Versorgung zu begegnen. Das fordert gerade von den kommunalen Verantwortungsträgern, dass mehr Kooperation zugelassen und gezielt herbeigeführt wird. Dabei kann bei den Erfahrungen in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge Anleihe genommen werden. So sind die Zusammenarbeit und die Fusion von Kliniken nicht nur im regionalen Maßstab denkbar, sondern auch in Form regionsübergreifender Krankenhausverbände und -beteiligungen. Niedersachsen kann aber auch von Hessen lernen, das bereits eine regionalisierte Krankenhausplanung eingeführt hat. Dieser Weg muss auch in Niedersachsen beschritten werden, um die stationäre Krankenversorgung angesichts unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklungen in den Teilräumen zukunftsfest aufzustellen.

Zudem werden ambulante und mit Hilfe **moderner Kommunikationsmedien arbeitende Angebote** an Bedeutung gewinnen. Nur so können die raumbezogenen Nachteile der Fläche ein Stück weit ausgeglichen werden. Dies gilt ebenso für die Vernetzung und Kooperation mobiler Leistungen mit stationären Einrichtungen. Oft fehlt es nämlich nicht an professionellen Hilfen, sondern am zeit- und bedarfsadäquaten Einsatz derselben. Die unterschiedlichen Partner und Einrichtungen im Gesundheitswesen agieren oft unverbunden neben- oder nacheinander,

## Ambulante und stationäre Gesundheitsleistungen vernetzen

ergänzen sich selten und beeinträchtigen sich eher. Vielfältige Umwege und Fehlsteuerungen führen zu nichtbedarfsnotwendigen Aufwendungen und beeinträchtigen die Lebensqualität der Patienten. Gerade in ländlichen Gebieten mit begrenzten medizinischen Versorgungsangeboten ist mehr Koordination, Kooperation und Integration der Akteure zwingend erforderlich. Ein geeignetes Instrument dazu sind regionale Gesundheitskonferenzen, mit denen eine verbesserte sektorenübergreifende Versorgung erreicht werden soll.

Niedersachsen sollte zusammen mit Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung die enge Abstimmung mit den Kommunen in den ländlichen Räumen suchen, um eine **ausreichende Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten** sicherzustellen. Das Versorgungsstrukturgesetz eröffnet dabei den Ländern erstmals die Möglichkeit, eine gestaltende Rolle in der ambulanten Versorgung einzunehmen. Dazu sind die Planungsbereiche in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Niedersachsen neu zuzuschneiden. Zukünftig sollte die hausärztliche Versorgung, die Versorgung mit Kinderärzten, Augenärzten, Psychotherapeuten und Frauenärzten wohnortnah und die übrige fachärztliche Versorgung in der Regel an Kliniken oder Medizinischen Versorgungszentren geplant werden. Damit verbindet sich auch eine aktivierende Rolle der Kommunen bei der Werbung und Ansiedelung von ärztlichen und sonstigen Gesundheitsdienstleistungen.

### Gute Pflege sichern

Besondere Herausforderungen kommen auch auf die Pflege zu. Hier wird in den ländlichen Räumen aufgrund der demografischen Prognose ein hoher **Zuwachs an Kapazitäten notwendig** sein. Deshalb muss die Attraktivität der Pflegeberufe erhöht werden. Dazu gehört neben der tariflichen Bezahlung von Pflegekräften die komplette Schulgeldfreiheit für Altenpflegeschüler, die Wiedererhöhung einer solidarischen Umlagefinanzierung zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Einrichtungen (nach dem Vorbild von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) und die Zusammenführung von Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege zu einem Pflegeberuf.

Viele nichtärztliche Leistungen können darüber hinaus von **Fachkräften** übernommen werden, die keine medizinisch-akademische Ausbildung haben. Die von der EU geforderte generelle Akademisierung der Pflegeberufe ist weder leist- noch finanzierbar. Stattdessen sollte erprobt werden, wie bestimmte Aufgaben von den Ärztinnen und Ärzten auf qualifiziertes Pflege- und Praxispersonal übertragen werden können und wie bereits während der Ausbildung die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gesundheitsberufen gestärkt werden kann.

Zur **Entlastung der Hausärzte** in ländlichen Regionen soll das in Niedersachsen bereits angelaufene Modellprojekt „MoNi“ weiterentwickelt und dann in allen unterversorgten ländlichen Regionen eingeführt werden. Andere Bundesländer haben ähnliche Projekte bereits mit Erfolg in der Fläche umgesetzt. Die Zielsetzung sollte dabei sein, nicht niedrigschwellige Angebote durch fortgebildete medizinische Fachangestellte zu schaffen, sondern dem Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns zu folgen: Dort üben examinierte, speziell geschulte Pflegefachkräfte mit

Laptop in ärztlich unterversorgten Regionen selbstständig Behandlungspflege aus (Modell AGNES).

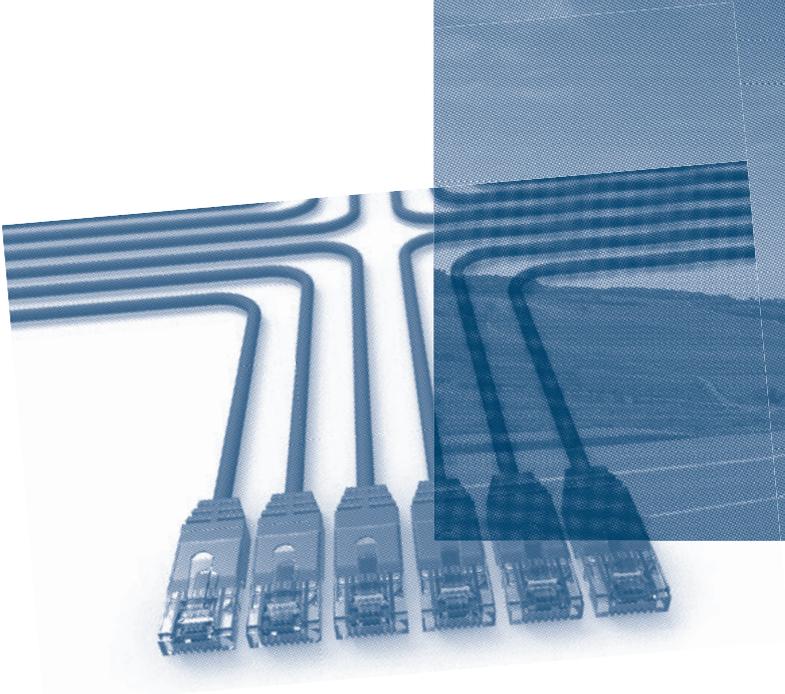
Die Handlungsmaxime sozialer und fortschrittlicher Politik im Bereich der Gesundheitsversorgung für die ländlichen Räume ist folglich von einem Gesamtkonzept geprägt. Dabei ist die Mobilisierung und Vernetzung von Dienstleistungen und Menschen das Mittel der Wahl, um auch im Gesundheitssektor die zentralen Bedürfnisse einer solidarischen Gesellschaft zu decken.

**Konkrete Maßnahmen:**

- Definition von Mindeststandards einer Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen;
- Verbesserte Vernetzung ambulanter und stationärer Gesundheitsleistungen;
- Verstärkter Leistungsaustausch zwischen Praxen und Kliniken;
- Aktivierende Rolle der Kommunen zugunsten der örtlichen Ärzteversorgung und im Rahmen übergreifender Klinikverbünde;
- Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen.



**Handlungsfeld 3  
ERREICHBARKEIT  
UND DASEINSVORSORGE**



### 4.3 Erreichbarkeit und Daseinsvorsorge

Im digitalen Zeitalter sind Handel und die Erbringung von Dienstleistungen ohne Nutzung des Internets kaum möglich. Über das Internet kann grundsätzlich überall Handel betrieben werden, wenn ein **leistungsfähiger Breitbandzugang** besteht. Das gleiche gilt für traditionelle Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe. Ohne funktionierendes Online-Angebot, d.h. ohne Kataloge, Leistungsbeschreibungen, Preislisten bis hin zu Bestell- oder Vertragsformularen kommt heute kein Unternehmen aus. Dieses gilt gleichermaßen für den Malerbetrieb, das Bekleidungs-geschäft oder den Pizza-Bringdienst und zwar flächendeckend in Großstädten wie im ländlichen Raum.

Tatsache ist, dass die Internetkapazität in den meisten ländlichen Räumen für die Nutzung des Internet 2.0 und internetgestützte Dienstleistungen schon heute bei weitem nicht ausreicht, obwohl diese Regionen formal als erschlossen gelten. Gerade hier bieten sich jedoch für den ländlichen Raum erhebliche Entwicklungspotenziale, die nur durch eine leistungsstarke Internetanbindung freigesetzt werden können. Um moderne internetgestützte Dienstleistungen (IP-Fernsehen, Medizindienstleistungen, etc.) umfassend nutzen zu können, bedarf es einer **flächendeckenden Versorgung mit mindestens 50 Megabit**. Dieses ist auch vor dem Hintergrund der Energiewende, bei der den ländlichen Räumen eine Schlüsselrolle zukommt, dringend erforderlich, da die zukünftigen Energiesysteme für ihre Steuerung moderne und leistungsfähige Kommunikationstechnologien benötigen.

Doch während in der Landeshauptstadt Hannover bereits die Einführung des Gigabit-Netzes (1 Gigabit = 1.000 Megabit) vorbereitet wird, sind große Teile des ländlichen Raumes noch immer nicht oder kaum erschlossen. Selbst die aktuellen Investitionen aus dem Konjunkturpaket II ermöglichen vielerorts nur Geschwindigkeiten von 1 Megabit. So zeigt der Internet-Ausbau im Rahmen des Konjunkturpaketes II, dass die gewählten Public-Private Partnership-Modelle keineswegs ein uneingeschränkter Erfolg waren. Auch hier gilt, dass ein so **zentrales öffentliches Gut** nicht allein in die Hände privater Anbieter gelangen darf, die zudem nur selten einen diskriminierungsfreien Zugang für ihre Wettbewerber gewährleisten.

Die ländlichen Räume dürfen hier nicht abgehängt werden. Dieser **Breitbandstandard** muss bis spätestens 2020 in Niedersachsen flächendeckend eingeführt werden, da er für die zukünftige ländliche Entwicklung als Standortfaktor von so zentraler Bedeutung ist, dass er durch keine andere öffentliche Infrastruktur aufgefangen werden kann. Die Finanzierung dafür ist sicher zu stellen.

Bedingt durch Bevölkerungsrückgang, moderne Wasserspartechniken und ein gestiegenes Umweltbewusstsein ist der **Wasserverbrauch in Niedersachsen seit Jahren rückläufig**. Während in Ballungsräumen die Durchflussmengen in den Frischwasserleitungen immer noch groß genug sind, sodass die Verweilzeiten in den Netzen keine gesundheitsbedenklichen Folgen haben, sind die Anforderungen der Trinkwasserverordnung in einigen ländlichen Räumen im Hinblick auf die Keim-

**Hochgeschwindigkeit  
für alle durch  
Breitbandoffensive**

**Bedarfsgerechte  
Ver- und Entsorgungseinrichtungen schaffen**

belastung dieses Lebensmittels immer schwieriger zu erfüllen. Aus den genannten Gründen sind die Netze vielerorts schon heute überdimensioniert und folglich unterausgelastet. Aus dieser Situation erwachsen höhere Betriebsaufwendungen und somit -kosten, die der Faustformel: 1 Prozent Bevölkerungsrückgang führt zu 1 Prozent Gebühreanstieg folgen. Die beschriebene Problemsituation nimmt für den Abwasserbereich noch größere Dimensionen an. Zu geringe Durchflussmengen in den Kanälen führen dazu, dass diese nunmehr regelmäßig gespült werden müssen. Abwasserbehandlungsanlagen sind dagegen immer häufiger überdimensioniert.

Dieses sind nur zwei Beispiele aus dem gesamten Sektor der Ver- und Entsorgungsdienstleistungen. Die Niedersächsische Landesregierung hat die Kommunen mit diesen Problemen bisher allein gelassen. Folglich haben einige innovative Gemeinden selbstständig **Anpassungs- und Stabilisierungsstrategien** entwickelt und daraus konkrete Maßnahmen abgeleitet. So wurden Rohrquerschnitte verringert, indem in bestehende Leitungen kleinere Rohre neu eingelegt wurden. Zudem überlegen derzeit einige Kommunen, den Regenwasser- mit dem Schmutzwasserkanal so zu verbinden, dass das Niederschlagswasser zum Spülen der Kanäle genutzt werden kann.

Die Herausforderung besteht also darin, eine **bedarfsgerechte Infrastrukturversorgung im Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge** in den ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten. Diese Aufgabe ist von den finanzschwachen Kommunen immer schwieriger zu leisten, da nicht nur die Nutzerzahlen zurückgehen, sondern durch Deregulierungsprozesse, europaweite Ausschreibungen und Privatisierungen nur die wirtschaftlich unattraktiven Teilbereiche des öffentlichen Dienstleistungsspektrums bei den Kommunen verbleiben.

Eine weitergehende Privatisierung und Deregulierung über das heutige Maß hinaus würde dazu beitragen, dass viele Menschen gerade in den ländlichen Räumen zunehmend stärker von der Gesamtentwicklung des Landes abgekoppelt werden. Daher muss gegenüber der EU und der Bundesregierung die Ablehnung gegenüber weiterführenden Privatisierungen, wie beispielsweise im Abfallbereich und der Wasserversorgung, deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Stattdessen benötigen wir eine **Flexibilisierung bestimmter Standards** im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen, um diese überhaupt finanzierbar zu halten. Ein Beispiel hierfür ist die Aufgabe des Anschluss- und Benutzungszwanges bei Einzelgebäuden im Außenbereich, da die hierdurch verursachten Folgekosten bei Weitem über den jeweiligen Gebührensätzen liegen.

### **ÖPNV neu denken und auf die Bedürfnisse vor Ort anpassen**

Die **Sicherstellung von Mobilität** ist eine der Kernanforderungen des 21. Jahrhunderts. In den Städten und Ballungszentren geht es darum, den Verkehrskollaps zu vermeiden und eine hohe Luft- und Lebensqualität zu gewährleisten. Dagegen kommt es in den ländlichen Räumen darauf an, Mobilität an sich zu ermöglichen, für die vielen dort lebenden älteren Menschen, aber auch um die Attraktivität der Wohnstandorte für Kinder, Jugendliche und nicht motorisierte Menschen zu erhalten bzw. herzustellen.

In all diesen Fragen kommt dem **öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine zentrale Bedeutung** zu. Um Kosten zu minimieren und eine bestmögliche Nach-

frage auszulösen, müssen die regionalen Verkehrsträger gerade im ländlichen Raum bestmöglich vernetzt sein. Busse und Bahnen müssen so aufgewertet werden, dass alltagstaugliche Verbindungen zwischen den Grundzentren und Mittelstädten bestehen. Hier kann auch durch eine Reaktivierung bereits stillgelegter Bahntrassen ein neuer Schub erfolgen.

Fakt ist aber auch, dass in dünn besiedelten Gebieten und in nachfragearmen Tagesrandzeiten ein **starres fahrplanbezogenes ÖPNV-System nicht aufrecht zu erhalten** ist. Deshalb ist auch hier ein Umdenken und eine Flexibilisierung zugunsten modaler Verkehrskonzepte erforderlich: Mobilitätszentralen, Anruf-Busse und -Taxen können genauso wie Bürgerbusse den ÖPNV sinnvoll ergänzen, der in den ländlichen Räumen stark vom Schülerverkehr abhängt. Aufgrund von Konzentrationsprozessen in der Schullandschaft und dem Ausbau der Ganztagsangebote wird der Schülerverkehr jedoch zunehmen. Davon könnten verstärkt auch sozial schwache Menschen profitieren, die in den ländlichen Räumen nicht auf ein eigenes Auto zurückgreifen können.

Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken sind **für die Realwirtschaft der ländlichen Räume systemrelevant**. Während die privaten Großbanken ihr Filialnetz kontinuierlich ausdünnen und sich auf Städte und wachstumsstarke Regionen konzentrieren, sind die öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Institute auch weiterhin flächendeckend präsent. Sie sind verlässliche und innovative Partner für die Finanzierung von Vorhaben des Mittelstandes in den ländlichen Räumen und fester Bestandteil der regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Nicht nur bei der Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmer und Existenzgründer sind diese Institute überproportional engagiert, durch ihr dichtes Filialnetz bieten sie auch alle Bankdienstleistungen vor Ort für ältere Menschen an, die nicht auf internetbasierte Transaktionswege zurückgreifen können oder wollen. Darüber hinaus kommt insbesondere den Sparkassen eine bedeutende Rolle bei der Bereitstellung und Finanzierung kommunaler Kassen- und Investitionskredite zu. Insofern muss auch weiterhin die enge Verzahnung der Sparkassen mit ihren kommunalen Trägern erhalten bleiben.

Die Sparkassen und genossenschaftlichen Kreditinstitute haben eine besondere regionale Verantwortung und werden dieser auch gerecht. So fließen regelmäßig Teile der Gewinnausschüttung in die **Unterstützung ehrenamtlichen Engagements** vor Ort. Dadurch werden viele ehrenamtliche Initiativen im kulturellen, sportlichen, naturschützerischen oder anderweitigen mildtätigen und gemeinwohlorientierten Bereich unterstützt.

### Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken als wichtige Finanzierungsquellen

#### Konkrete Maßnahmen:

- Breitbandausbau auf 50 Megabit-Standard flächendeckend vorantreiben;
- Ausbaustandards für Ver- und Entsorgungseinrichtungen flexibilisieren;
- Alle ÖPNV-Verkehrsträger optimal vernetzen;
- ÖPNV-Linienverkehre durch Bedarfsverkehre (Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse, etc.) sinnvoll ergänzen;
- Sparkassen und Genossenschaftsbanken flächendeckend erhalten.



**Handlungsfeld 4**  
**ARBEIT UND**  
**WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG**



## 4.4 Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung

**Ländliche Räume** sind im Vergleich zu Städten und verstädterten Gebieten bei ihrer wirtschaftlichen Dynamik deutlich **im Nachteil**, weil letztere aufgrund ihrer spezifischen Standortbedingungen die Zentren des wissensbasierten Strukturwandels darstellen.

So ist vielerorts eine Abwanderung von qualifizierten Fachkräften in die Ballungsräume festzustellen. Dem Erhalt des Fachkräftepotenzials ist deshalb ein erhebliches Augenmerk zu widmen. Sowohl Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss als auch solche mit technischen Berufen sind in den ländlichen Regionen des Landes schon jetzt deutlich unterrepräsentiert. Zur Abwanderung aus den ländlichen Gebieten trägt jedoch auch das zum Teil erhebliche **Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land** bei. Dieses beträgt in Niedersachsen je nach Region bis zu 20 Prozent.

Ein weiterer Rückgang der Beschäftigtenzahlen in diesen Bereichen (z.B. bei Ärzten, Lehrern, Energieversorgung, technischem Handwerk, etc.) wird die Funktionsfähigkeit der örtlichen Gemeinschaften dauerhaft destabilisieren. **Öffentliche Förderprogramme** sollten deshalb gezielt zur Unterstützung des ländlichen Raumes eingesetzt werden.

Sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen in den ländlichen Räumen ist insbesondere ein **attraktives Umfeld wichtig**. Die Attraktivität der ländlichen Gebiete ist dabei unmittelbar von einer angemessenen Infrastrukturausstattung abhängig. Dabei wachsen Betreuungs-, Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie adäquaten kulturellen Angeboten eine übergeordnete Bedeutung zu. Um dieses zu gewährleisten, müssen die Kommunen in Niedersachsen wieder ausreichend finanzielle Handlungsspielräume erhalten. Eine moderne Infrastruktur ist für eine regionale Entwicklung wesentlich bedeutsamer als direkte Zuwendungen und Förderungen der dort ansässigen und in Gründung stehenden Unternehmen. Es kommt vielmehr darauf an, dem Bedarf z. B. an Fachkräften in der Region mit der Schaffung oder dem Erhalt eines Netzwerkes von wohnortnahen Aus- und Weiterbildungsangeboten im Bereich der beruflichen Bildung gerecht zu werden und die Erreichbarkeit zu gewährleisten. Der Bedarf an Fachkräften in KMU wird im Wesentlichen durch die eigene Ausbildung im Dualen System gedeckt. Diese gilt es dann aber auch durch attraktive Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen zu halten.

In den ländlichen Räumen hängen der Erhalt von Arbeitsplätzen und der dauerhafte wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen auch zunehmend von **Kooperationen** und von **regionalen Wertschöpfungsketten** ab. Je größer die räumliche Entfernung zu Flughäfen und zentralen Verkehrsachsen (Autobahnen, etc.) ist, desto stärker sind Unternehmen in Produktion und Handel auf Vorprodukte, Dienstleis-

**Wirtschaftspolitik muss auf die ländlichen Räume passgenau zugeschnitten sein**

tungen und Zulieferungen aus dem regionalen Umland angewiesen. Die Möglichkeiten zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Industrie, Dienstleistungsanbietern, Landwirtschaft und Handwerk sind längst nicht ausgeschöpft und sollten durch eine begleitende Netzwerkförderung flankiert werden. Wie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise Österreich, zeigen, kann hier mit einem vergleichsweise geringen Mitteleinsatz eine hohe Wirkung erzielt werden.

Schließlich erfordern die ländlichen Räume, die in Niedersachsen rund 50 Prozent der Fläche des Landesgebietes ausmachen, eine Wirtschaftspolitik für **Handwerk, Dienstleistungsanbieter und Industrie**, die auf die besonderen Anforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums zugeschnitten ist. Denn nur wenn es gelingt, diese Schlüsselbereiche zu aktivieren, lassen sich, wie Beispiele aus verschiedenen niedersächsischen Teilregionen zeigen, selbst in ländlichen Gegenden erhebliche wirtschaftliche Eigendynamiken erzeugen.

Deshalb müssen in genau zugeschnittenen **Regionalen Entwicklungskonzepten** Schwerpunkte im Sinne von Stärken und Funktionen definiert werden, die einen Ort, eine Stadt, einen Kreis und eine ganze Region auszeichnen und auf die die Förderung konzentriert wird. Parallel dazu gilt es, sinnvolle und langfristige ressortübergreifende Förderinstrumente zu entwickeln, die sich von den Zyklen politischer Perioden abkoppeln, erfolgversprechende Projekte initiieren und dabei das „Know-how“ vor Ort und in der Region einbinden.

### Gestaltung des Strukturwandels

Gerade dort, wo traditionelle Unternehmens- und Handwerksstrukturen zurückgehen, bieten sich besondere Chancen für neue innovative Geschäftsmodelle. Um die eingangs skizzierten Standortnachteile zum städtischen Bereich auszugleichen, sollten deshalb gerade im ländlichen Bereich alle Möglichkeiten zur **Unterstützung von Unternehmensgründungen** ausgeschöpft werden. Dieses umfasst insbesondere:

- die frühzeitige, umfassende und öffentlich geförderte dezentrale Gründungsberatung;
- die Stärkung bewährter Instrumente der Gründungsförderung (z.B. Mikrodarlehen und Darlehen mit vergünstigten Konditionen, unternehmerische Infrastruktur im Rahmen von GründerInnenzentren);
- die Förderung von Gründer- und Branchennetzwerken;
- die Weiterbildung von Gründern;
- auf die regionale Nachfrage ausgerichtete Netzwerke und Instrumente der Fachkräftevermittlung zur Verstärkung der Aktivitäten von Arbeitsagenturen und Jobcentern und
- die Förderung von Betriebsübergaben (Börsen, Agenturen, usw.).

Die Lebensqualität der Menschen ist in den ländlichen Räumen genauso wie in den Städten zunehmend von der Qualität und zeitlichen Verfügbarkeit von Dienstleistungen abhängig. Die **wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors** spiegelt sich u. a. in den steigenden Zahlen der Beschäftigungsverhältnisse in diesem Sektor wider. Mittlerweile sind fast drei Viertel (73,5 Prozent im Jahr 2010) aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig. Diese Zahlen unterstreichen eindrucksvoll auch die Bedeutung des Dienstleistungssektors für die Regionalentwicklung. Wirft man einen Blick auf die zentralen Faktoren, die die steigende Nachfrage insbesondere nach personenbezogenen Dienstleistungen sowie den Angeboten leistungsfähiger (kommunaler und privatwirtschaftlicher) Infrastruktur verursachen, so ist zu erkennen, dass der Bedarf auch weiterhin steigen wird.

In der Verantwortung der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger liegt es zunächst, den gesetzlichen Rahmen für eine „high road“-Strategie, für einen nachhaltigen **Ausbau des Dienstleistungssektors auch in den ländlichen Räumen** zu setzen. Dazu gehören u. a. ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Eindämmung der geringfügigen Beschäftigung („Minijobs“). Ein leistungsfähiger und dynamischer Dienstleistungssektor sowie ein fairer Interessensausgleich zwischen den Beschäftigten, den Anbietern und Kunden ist auf Basis von Dumping-Löhnen, Leiharbeit, unzureichender Qualifizierung und kurzfristiger Personalpolitik nicht möglich – nicht zuletzt weil dafür perspektivisch die Fachkräfte fehlen werden.

Besonders erfolgsversprechend erscheint dieser Ansatz u. a. im Tourismusbereich. Neben dem **infrastrukturgeprägten Tourismus** (Skifahren, Bäderbereich, etc.) gewinnen in den letzten Jahren zunehmend ganzheitliche Tourismuskonzepte an Bedeutung, z. B. Gesundheitstourismus, Wellness und naturbezogener Tourismus (Reiten, Wandern, Nordic Walking, Wassertourismus, etc.). Die Potenziale, die in diesen Bereichen stecken, lassen sich jedoch nur in Gänze ausschöpfen, wenn das unmittelbare touristische Angebot durch ein breites Spektrum an flankierenden touristischen Betrieben, sowie Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Ärzten, Gastronomiebetrieben, dem Handwerk, Handel, etc. flankiert wird. Hier kommt es auf das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure an. Dieses kann von Landesseite aus nicht verordnet, aber durch eine regionale Entwicklungsplanung unterstützt und vorangetrieben werden.

Dies alles darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der ländliche Raum dem allgemeinen Trend zur wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft nicht ausweichen kann. Auch dort kommt es darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu steigern, indem diese neue innovative Produkte oder Dienstleistungen kreieren. Aus folgenden Gründen besteht **in peripheren Gebieten** eine **schwierigere Ausgangslage**, Innovationsprozesse zu initiieren:

**Dienstleistungen als Garant für Arbeitsplätze und Lebensqualität**

**Fachhochschulen als Innovations- und Transferzentren für die ländlichen Räume**

- Cluster und Wertschöpfungsketten sind seltener und schwieriger zu organisieren;
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind häufig weiter von den Unternehmen entfernt, was eine enge Zusammenarbeit erschwert;
- die örtlichen Betriebe sind kleiner und eigene Forschungs- und Entwicklungsbereiche sind dadurch – wenn überhaupt vorhanden – nur mit wenigen Personen besetzt;
- letztlich ist eine Vernetzung von unterschiedlichen Wirtschaftspartnern und Förderinstitutionen schwieriger zu organisieren.

In diesem Kontext kommt den niedersächsischen Hochschulen, aber vor allem den **Fachhochschulen eine besonders wichtige Rolle** für den Erhalt und den Ausbau regionaler Qualitätspotenziale und Innovationsstrategien zu. Sie sind einerseits besonders geeignet, die regionalen Bildungsreserven zu mobilisieren, weil ihre Zugangsvoraussetzungen für Studienberechtigte aus nichtakademischen Elternhäusern und Interessenten mit beruflichem Hintergrund attraktiver sind als der klassische universitäre Zugang. Zugleich eröffnen ihre regionale Verankerung und ihre enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ihres Einzugsbereichs gute Beschäftigungsperspektiven für ihre Absolventinnen und Absolventen. Es ist deshalb anzustreben, ihre Existenz „in der Fläche“ zu stabilisieren. Dabei geht es nicht um Neugründungen, sondern den Ausbau schon vorhandener Standorte und die Ausweitung des Fächerspektrums.

Fachhochschulen erschließen aber nicht nur Bildungsreserven, sie wirken zugleich auch als **Motor der wirtschaftlichen Entwicklung**. Sie sind so ein entscheidender Faktor für die Attraktivität von Regionen und beeinflussen die demografische Entwicklung positiv. Junge Menschen wandern zur Ausbildung nicht ab bzw. kommen in die Region, prägen das soziale und kulturelle Leben, bleiben auch nach dem Studium oft in der Region und stehen dann dem Arbeitsmarkt als hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung.

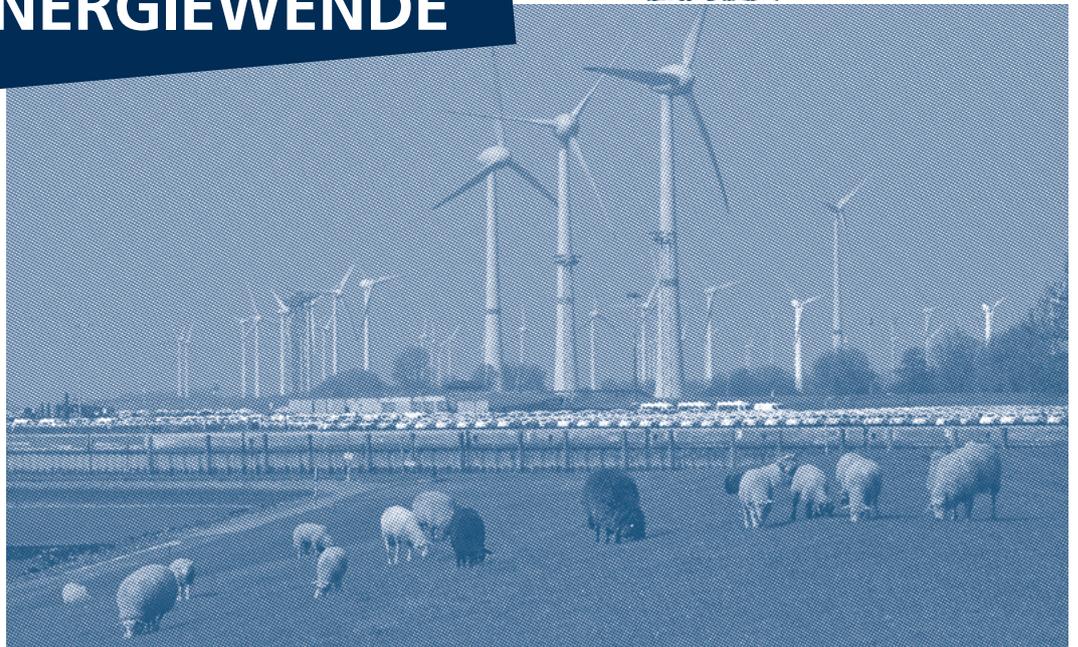
Die an Fachhochschulen gepflegte enge **Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft** ist eine wichtige Voraussetzung für regionale Innovationsstrategien. Es ist deshalb anzustreben, diese Zusammenarbeit und den Technologietransfer, insbesondere mit Blick auf potenzielle Ausgründungen aus der Hochschule, zu intensivieren. Hinzu kommt noch ihre Funktion bei der Ausbildung des Führungskräftenachwuchses für Unternehmen aller Größenklassen – insbesondere von KMUs – aber auch für die berufliche Selbstständigkeit.

**Konkrete Maßnahmen:**

- Betreuungs-, Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie adäquate kulturelle Angebote werden weiterhin vorgehalten;
- Kooperation der Wirtschaftspartner durch Netzwerkbildung unterstützen;
- Regionale Entwicklungskonzepte und passgenaue ressortübergreifende Förderpolitiken erarbeiten;
- Strukturwandel durch neue Dienstleistungsangebote abfedern;
- Fachhochschulen in der Fläche als Nukleus wirtschaftlicher Entwicklung ausbauen.



# Handlungsfeld 5 ENERGIEWENDE



## 4.5 Energiewende

Niedersachsen ist ein **Energieland**. Insbesondere beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist Niedersachsen Vorreiter in Deutschland. Mit knapp 25 Prozent wird gegenwärtig ein Viertel der gesamten Windenergieleistung Deutschlands in Niedersachsen erbracht. Dabei stehen die On-shore-Windkraftanlagen in den Acker- und Grünlandfluren der ländlichen Gemeinden. Auch die Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen, sei es als Wärme, Strom, Gas oder Kraftstoff, gewinnt zunehmend an Bedeutung: Mit rund 32 Prozent wird fast ein Drittel des gesamten in Deutschland aus Biogas erzeugten Stroms in Niedersachsen gewonnen, entstammt also direkt der landwirtschaftlichen Produktion.

Darüber hinaus sind viele Photovoltaikanlagen auf den großflächigen Dächern landwirtschaftlich genutzter Gebäude, seien es nun Ställe, Hallen oder Scheunen errichtet. Manches Versorgungsgebiet in den ländlichen Räumen hat damit schon heute zu bestimmten Jahreszeiten eine 100-prozentige Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Quellen.

Die **ländlichen Räume werden die Gewinner** der jetzt endlich auch auf Bundesebene eingeleiteten Energiewende sein. Eine sichere, klimafreundliche und kostengünstige Energieversorgung, die maßgeblich auf erneuerbaren Energien, einer Steigerung der Energieeffizienz und einer modernen Energieinfrastruktur basiert, kann allerdings nur gelingen, wenn die ländlichen Räume dazu einen überproportionalen Anteil bei der Erzeugung und Verteilung der jeweiligen Energieträger leisten. Hier erlebt auch das Genossenschaftsmodell eine wahre Renaissance. Denn dieses Konzept ermöglicht die Zusammenarbeit von Bürgern, Landwirten und der Kommune auf gleicher Augenhöhe, wobei alle Partner die gleichen Rechte und Pflichten haben. Es gilt, dieses Beteiligungsmodell zu stärken und für die dezentrale und auf erneuerbaren Quellen fußende Energieversorgung weiter zu verbreiten.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien sollte vorangetrieben und mit geeigneten landespolitischen Maßnahmen flankiert werden. **Windenergie ist der Schlüsselfaktor** in Niedersachsen, um den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 50 Prozent zu steigern. Hierzu sollten geeignete Standorte in den Landesregionalplänen ausgewiesen werden, die Kommunen bei der Ausweisung von Repowering-Anlagen unterstützt und Synergiepotenziale der Offshore-Windenergie mit den maritimen Branchen genutzt werden. Für die Offshore-Windparks sollten die Netzanschlüsse zügig bereitgestellt werden. Der wachsende Anteil erneuerbarer Energien erfordert zudem einen umfangreichen Ausbau der Stromübertragungs- und -verteilnetze sowie Weiterentwicklungen im Bereich der Energiespeichertechnologien.

**Ländliche Räume  
als Gewinner der  
Energiewende**

## Energiewende führt zu mehr Wertschöpfung in den ländlichen Räumen

Der strukturelle Wandel in der deutschen Energieproduktion zugunsten Erneuerbarer Energien entwickelt sich zu einem Impulsgeber für Wertschöpfung und Beschäftigung. **Davon profitieren vor allem strukturschwache Küstenregionen.** Die Energiewende wird den Erneuerbaren Energien in Niedersachsen, insbesondere der Wind- und Bioenergie, einen zusätzlichen Schub geben. Prognosen zufolge wird allein im Bereich der Erneuerbaren Energien die Beschäftigung in Deutschland zwischen 2007 und 2020 auf 470.000 Beschäftigte ansteigen. Für das Land und insbesondere für die ländlichen Regionen in Niedersachsen besteht die Chance, im deutschlandweiten Vergleich eine Spitzenposition einzunehmen und sich einen beträchtlichen Anteil dieses Beschäftigungszuwachses und der Wertschöpfung zu sichern.

## Kommunale Stadtwerke und dezentrale Erzeugungsstrukturen fördern

Mehr Wettbewerb auf dem Markt der Energieerzeugung sichert günstige Strompreise und regionale Wertschöpfung. Den **Stadtwerken** kommt als **Garant der Daseinsvorsorge** eine herausragende Rolle zu. Für eine nachhaltige Energieversorgung ist auf dezentrale Strukturen zu setzen. Deshalb unterstützen wir die Eigenständigkeit der Stadt- und Gemeindewerke. Kommunale Neugründungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben der Daseinsvorsorge sind anzustreben, wenn sie wirtschaftlich sind und die Versorgung weiter verbessern. Sie garantieren eine ortsnahe Versorgung, bieten große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt.

Die effizienteste Nutzung fossiler Rohstoffe ist die gleichzeitige **Erzeugung von Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**. Niedersachsen wird den KWK-Anteil durch Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze erhöhen. Voraussetzung hierfür ist der Ausbau der Wärmenetze, damit die Wärme von der Stromerzeugung im Kraftwerk zu den Endverbrauchern in Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern oder Industriebetrieben transportiert werden kann. Die Kommunen sollten die Option erhalten, durch Satzung einen gebietsbezogenen Anschluss- und Benutzungszwang für Nahwärme vorzusehen. Bei der auf Bundesebene anstehenden Novelle des KWK-Gesetzes ist auf eine deutliche Verbesserung der Förderung hinzuwirken. Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Betreibern von Fern- und Nahwärmenetzen sollen brachliegende Potenziale identifiziert und die kooperative KWK (d.h. Partnerschaften zwischen Industrie und angrenzenden Wärmeverbrauchern) gefördert werden.

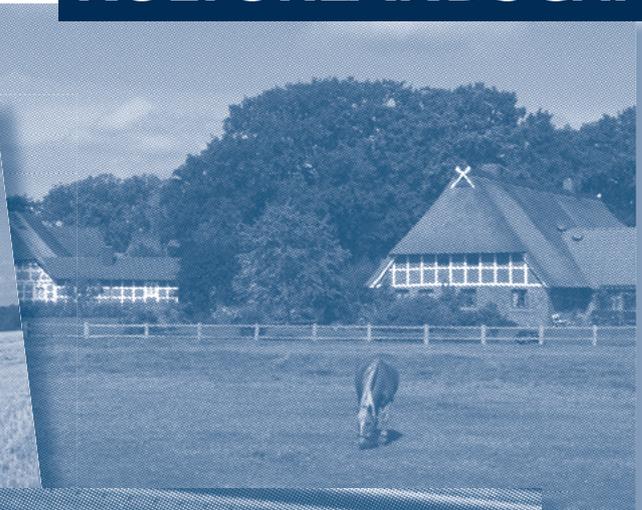
Die **Übernahme der regionalen Strom- und Gasleitungen durch Kommunen** eröffnet Potenziale für regionale Wertschöpfung. Die Rekommunalisierung bedeutet also mehr als die Rückgewinnung der kommunalen Selbstbestimmung über die lokale Energieversorgungsstruktur als einen wesentlichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die auslaufenden Konzessionsverträge sollten die Kommunen in die Lage versetzen, eigene Verantwortung für regionale Strom- und Gasverteilung zu übernehmen. Die Landesregierung sollte diese Entwicklung aktiv fördern und begleiten.

**Konkrete Maßnahmen:**

- Solide raumplanerische Voraussetzungen als Grundlage für die Energiewende schaffen;
- Netzausbau und Speichertechnologien vorantreiben;
- Erzeugungsstrukturen von zentral auf dezentral umstellen;
- Kommunalwirtschaftsrecht anpassen und kommunale Handlungsspielräume bei der Energiewende erweitern;
- Kommunen bei der Rekommunalisierung unterstützen.



# Handlungsfeld 6 NATUR- UND KULTURLANDSCHAFT



## 4.6 Natur- und Kulturlandschaft

Rund die  **Hälfte der niedersächsischen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt**. Das Landschaftsbild Niedersachsens ist daher unmittelbar mit der Landbewirtschaftung verbunden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist allerdings in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Waren es nach dem 2. Weltkrieg noch rund 300.000, sind es heute noch rund 40.000 und in absehbarer Zeit werden voraussichtlich nur noch 15.000 bis 20.000 Betriebe bestehen bleiben. Gleichzeitig haben sich Größe und Produktivität der Betriebe enorm erhöht: Viele haben sich spezialisiert und bedienen differenzierte Märkte. Sie beliefern heute häufig nicht mehr nur das direkte Umfeld, sondern produzieren auch für den Weltmarkt. Darüber hinaus sind viele Landwirte inzwischen auch als „Energiewirte“ tätig. Die zunehmende Strukturveränderung in der Landwirtschaft spiegelt sich somit auch in den veränderten Produktionsmethoden wider.

Im Zuge des  **Strukturwandels**  werden die zu bewirtschaftenden Flächen pro Betrieb größer und die eingesetzten Maschinen entsprechend leistungsfähiger. Für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe lohnen sich allerdings die damit verbundenen Investitionen häufig nicht mehr. Sie schließen sich oft in Maschinenringen zusammen oder beauftragen Lohnunternehmer für spezielle Aufgaben. Die Lohnunternehmen sind mit rund 500 Unternehmen und 7.000 Arbeitnehmern ein wichtiger Arbeitgeber innerhalb des Agrarsektors.

In Niedersachsen haben sich  **Produktionsschwerpunkte der Agrar- und Ernährungswirtschaft**  herausgebildet, die sich im Kern auf hochgradige Spezialisierungen des jeweiligen landwirtschaftlichen Produktionszweiges zurückführen lassen und nur deshalb entstehen konnten, weil tradierte innerbetriebliche Wirtschaftskreisläufe durchbrochen wurden. Der südliche Weser-Ems-Raum etwa stellt europaweit ein wichtiges Zentrum der intensiven Schweine- und Geflügelhaltung dar – dementsprechend finden sich hier auch viele fleisch-, eier- und geflügelverarbeitende Betriebe. Insbesondere in diesen Teilsektoren haben sich Wertschöpfungsketten herausgebildet, deren einzelne Glieder hochgradig spezialisiert sind. Der hier entstandene Aufschwung der Agrar- und Ernährungsindustrie hat den Menschen in dieser Region Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht, gleichzeitig aber auch zu erheblichen Umweltbelastungen durch Intensivtierhaltung und Nährstoffüberschüsse geführt. Jenseits dieser Veredelungszentren dominieren in Südniedersachsen, im Weserbergland und der Hildesheimer Börde der Anbau von Getreide, Rüben, Kartoffeln und Raps die Agrarproduktion; in den küstennahen Gebieten mit hohem Dauergrünlandanteil ist die Milchviehhaltung bedeutsam.

Insgesamt prägen heute schwankende Agrarpreise und ein zunehmend schärferer Wettbewerb um Marktanteile und landwirtschaftliche Nutzflächen die Situation vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Die niedersächsische Landwirtschaft steht allerdings insgesamt vergleichsweise gut da – in keinem anderen Bundesland erwirtschaftet sie eine höhere Bruttowertschöpfung. Aufgrund des weltweiten Bevölkerungs- und Kaufkraftwachstums und den entsprechenden Nachfragezuwächsen bei Agrarrohstoffen ist grundsätzlich mit  **guten Perspektiven für den Sektor**  zu rechnen. Sowohl für die Landwirte als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft ergeben sich aus der von Wettbewerb

**Landwirtschaft wird zur Energiewirtschaft**

**Die Land- und Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen**

und Innovation gekennzeichneten Entwicklung neue Herausforderungen. So ist eine zukunftsfähige Landwirtschaft heute ebenso wie andere Wirtschaftszweige auf gut ausgebildete Beschäftigte angewiesen. Bei den „grünen Berufen“ hat der Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsbereichen im ländlichen Raum um Auszubildende und Fachkräfte längst begonnen. Wichtig sind somit gute Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens. Wie der Beschäftigungsrückgang in diesem Sektor in Niedersachsen zeigt, trägt eine Landwirtschaftspolitik, die einseitig auf Agrarinvestitionsförderung zugunsten eines ungebremsten Größenwachstums setzt, nicht dazu bei. So sind **seit dem Jahr 2003 in Niedersachsen 16 Prozent der Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich weggefallen**. In absoluten Zahlen entspricht das einem Rückgang von 180.000 auf 150.000 Beschäftigte. Stetig gestiegen sind hingegen die Haushaltsansätze für Agrarinvestitionen: von 43 auf mittlerweile 61 Mio. Euro. Daher gilt es auch hier einen Politikwechsel einzuleiten, damit zukünftig keine Arbeitsplätze mehr durch staatliche Förderpolitik vernichtet werden, sondern im Gegenteil neue entstehen.

### Verbraucherwünsche ernst nehmen

Technischer Fortschritt und Agrarstrukturwandel haben für die Verbraucherinnen und Verbraucher einerseits zu hoher Versorgungssicherheit und einem kostengünstigen Lebensmittelangebot beigetragen. Andererseits haben die Debatten und Skandale der letzten Jahre die Grenzen der hinter diesen wirtschaftlichen Erfolgen stehenden Produktionsweise sehr deutlich aufgezeigt. Schlagworte wie BSE, Dioxin, Ehec, Tank oder Teller, Vermaischung der Landschaft, Nitratbelastungen des Grundwassers und multiresistente Keime durch zunehmenden Medikamenteneinsatz in der Nutztierhaltung skizzieren einen Teil der entstandenen Probleme. In der Folge wurde zu Recht eine **gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft**, insbesondere der Tierhaltung und der Lebensmittelproduktion ausgelöst, weil das lange Zeit medial vermittelte Bild von der Landwirtschaft in Niedersachsen nur noch wenig mit der Realität zu tun hat. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind inzwischen grundsätzlich besorgt über die Sicherheit von Lebensmitteln und sehen bestimmten Entwicklungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit großer Skepsis entgegen. Auch Fragen nach ethischen Grundlagen stellen sich immer lauter. So wird grundsätzlich bezweifelt, dass die intensive Nutztierhaltung Anforderungen des Tierschutzes, des Umweltschutzes und der Lebensmittelsicherheit erfüllen kann.

### Für eine flächendeckende und multifunktionale Landwirtschaft

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf die **Sicherheit und Qualität aller Lebensmittel** – ob konventionell oder ökologisch erzeugt – verlassen können. Das liegt auch im Interesse der Unternehmen selbst – einschließlich der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür müssen die Strukturen und die Kontrolldichte der amtlichen Lebens- und Futtermittelkontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette (vom Acker/Stall bis zum Teller) im Zusammenwirken mit den Kommunen deutlich gestärkt werden. Betriebliche Eigenkontrollen allein reichen nicht aus.

Es soll auch in Zukunft erfolgreich **Nutztierhaltung in Niedersachsen** betrieben werden können. Aber die Stickstoffüberschüsse in den Intensivtierhaltungsregionen müssen ebenso minimiert werden wie der Antibiotikaeinsatz bei der Aufzucht. Darüber hinaus soll das Baugesetzbuch mit dem Ziel novelliert werden, den Kommunen effizientere Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf den Bau von Intensivtierhaltungsställen an die Hand zu geben. Es gilt, die nahezu uneinge-

schränkte baurechtliche Privilegierung für landwirtschaftliche Ställe und Anlage im Außenbereich zurückzunehmen.

Die **Haltungsbedingungen der Nutztiere** müssen insgesamt verbessert werden. Die Stallbausysteme müssen die arteneigenen Bedürfnisse der jeweiligen Tierarten deutlich stärker als bisher berücksichtigen. Die Einführung eines „Tierschutz-TÜV“ ist hier der richtige Weg. Dabei muss es nicht grundsätzlich um kleinere Strukturen gehen. Tierkomfort hat eher mit der Fläche pro Tier als mit der Gesamtgröße eines Stalls zu tun. Die Landwirte müssen hier mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben und den Verbraucherinnen und Verbrauchern moderne Tierhaltungen zeigen. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, das Image der Nutztierhaltung zu verbessern und wirken außerdem einer romantisierenden Vorstellung „ländlicher Idylle“ entgegen.

Landwirtschaft steht im **Spannungsfeld zwischen Wettbewerb einerseits und gesellschaftlichen Anforderungen an Klima-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz andererseits**. Mit Blick auf die weitere Entwicklung der ländlichen Räume in Niedersachsen kommt der Landwirtschaft die Aufgabe zu, zukünftig die Versorgung mit gesunden und qualitativ hochwertig erzeugten Lebensmitteln sicherzustellen, gute Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt zu bewahren, die Kulturlandschaft zu pflegen und sich nachhaltig an der Energiewende zu beteiligen. Voraussetzung dafür sind wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Betriebe und Rahmenbedingungen, die dieses ermöglichen.

Der **Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union** kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Leistungen, die Landwirte zur nachhaltigen Sicherung der Bodenfunktion und der Wasserhaushalte, für den Tierschutz und zur Erhaltung der Biodiversität sowie des Klimaschutzes erbringen, lassen sich als öffentliche Güter auch zukünftig mehrheitlich nicht über die globalisierten Agrarrohstoffmärkte vergüten. Daher müssen Landwirte – und andere Landnutzer – einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen. Eine stärkere ökologische Ausrichtung der Direktzahlungen ist notwendig.

Zudem ist es erforderlich, die **Agrarforschung** an den einschlägigen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Institute und Kompetenzzentren noch stärker auf diese Zielsetzungen auszurichten.

Lebenswerte ländliche Räume brauchen auch in Zukunft eine flächendeckend wirtschaftende und multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft, die sowohl im konventionellen wie in einem gestärkten Ökolandbau Lebensmittel produziert, die hohen Qualitätsanforderungen entsprechen und eine gesunde Ernährung ermöglichen.

#### **Konkrete Maßnahmen:**

- Bürgerinnen und Bürger über die moderne Landwirtschaft aufklären;
- Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für Beschäftigte der Urproduktion verbessern;
- Landwirtschaft vom Verbraucher her denken;
- Tierschutz- und Baurecht anpassen;
- ELER-Fördermittel stärker für die Entwicklung ländlicher Räume nutzen.

## 5. Zur Rolle des Staates und einer neuen Förderphilosophie des Landes

Eine soziale und verantwortungsvolle Politik für ländliche Räume muss die Rolle des Staates in der Fläche neu definieren. Hierzu zählen eine aktive Struktur- und Raumordnungspolitik, vor allem aber die Bereitschaft, die **Erfordernisse des ländlichen Raums als Querschnittsaufgabe** in der Landesregierung und Verwaltung zu verankern. Zugleich muss Politik für ländliche Räume der Vielgestaltigkeit ihres Gegenstands Rechnung tragen und stets zu regionalen und ortsspezifischen Lösungen in der Lage sein. Die berechnete Ausnahme ist somit unverzichtbarer Bestandteil einer wirkungsvollen Planung und Raumordnungspolitik.

Zunächst ist es erforderlich, die **Präsenz des Landes in den Regionen** mit neuen Bündelungs- und Koordinationsformen und der Herstellung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen auf der kommunalen Ebene zu stärken. Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, mehr Kooperationen einzugehen, um Entwicklungskräfte zu bündeln und auch in entlegeneren Räumen die erforderliche Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Die Weiterentwicklung der bestehenden Gebietsorganisation auf der Kreis- und Gemeindeebene kann dabei sinnvoll sein, wird aber allein keine Lösung für die Herausforderungen im ländlichen Raum bieten. Entscheidend ist vielmehr, dass Strukturen entstehen, die aus sich heraus lebensfähig und gestaltungsstark sind. Bund und Land wiederum müssen die Kommunen finanziell vor allem im Bereich der Sozialausgaben entlasten und die Investitionsfähigkeit struktur- und finanzschwacher Kommunen als Voraussetzung für Strukturwandel und Entwicklung sichern.

Staat und Kommunen steht im ländlichen Raum eine **aktive Bürgergesellschaft mit einer Vielzahl ehrenamtlich tätiger Menschen** gegenüber. Freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, Kirchen, Landfrauen und viele andere mehr bilden ein Netzwerk für sozialen Zusammenhalt. Sie tätigen

stetig und aus eigenen Stücken Investitionen in die örtliche Gemeinschaft. Ländliche Räume besitzen somit ein ganz außergewöhnliches Potenzial, das sie für ihre Entwicklung nutzen müssen. Wichtig ist dabei, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement nicht als Ersatzlösung für eingestellte Staatsleistungen und ebensowenig als bloße „Sahnehaube“ für die Rundumversorgung durch Staat und Kommunen zu begreifen. Die aktive Bürgergesellschaft steht für sich und muss auf Augenhöhe gefördert werden. Ehrenamtliches Engagement lässt sich nicht verordnen und ist deshalb mit flexiblen und unbürokratischen Mitteln zu ermöglichen und zu unterstützen.

Die Gestaltung von Strukturwandel ist auf öffentliche Förderung angewiesen. Umso wichtiger sind angesichts der wachsenden Haushaltszwänge eine **zielgerichtete Förderstruktur und eine geeignete Organisation** zur Entscheidung über und für den Vollzug von Zuwendungen. Hier hat sich in den letzten Jahren in Niedersachsen eine Vielzahl von Programmen und Zuständigkeiten herausgebildet, die die verfügbaren Mittel zersplittern und in Teilen sich widersprechenden Zielsetzungen folgen. Aufgabe des Landes ist es daher, die inhaltliche Fördermittelverwaltung zu bündeln. Eine Möglichkeit stellt hierfür ein einheitliches Landesförderinstitut dar, das sich bei der Förderung ländlicher Räume auf eine zwischen den zuständigen Landesressorts abgestimmte Richtlinie stützen kann. Eine weitere Option böte die Zuständigkeit für die Struktur- und Entwicklungsförderung bei den wieder einzurichtenden regionalen Repräsentanzen des Landes in der Fläche.

Mit der organisatorischen Bündelung muss eine **Fokussierung von Förderinstrumenten und Programmen** einhergehen. Dies schließt Mittel des Landes, des Bundes und der Europäischen Union ein. Erforderlich ist eine ressortübergreifend angelegte „Zukunftsinitiative Ländliche Räume“.

Sie soll gemeinsame Ziele für die notwendige Förderung formulieren und in der Fläche eine Abstimmung mit den Plänen und Aktivitäten der Kommunen herstellen. Diese sind dazu aufgerufen, gemeinsam mit privaten Akteuren regionale Entwicklungsprofile und Ziele zu definieren. Sie sollen darin die Anpassungserfordernisse und besonderen Potenziale ihres Raums darstellen und Maßnahmen formulieren, wie diese bestmöglich genutzt werden können. Als Scharnier sollten dafür regionale Entwicklungskonzepte dienen. Sie werden mit den Städten, Gemeinden und Kreisen ausgearbeitet und verbinden strukturpolitische Maßnahmen mit raumordnerischen Zielstellungen. Dies gewährleistet ein Angebot für jede Region, verabschiedet sich aber von einer Förderung mit der Gießkanne und nach dem regionalen Proporz. Kriterien für eine Zuwendung sind stattdessen die Tragfähigkeit der auch in den regionalen Entwicklungskonzepten niedergelegten Profile und die anhand von Kosten-Nutzen-Relationen begründeten Effekte einzelner Vorhaben. Hinzu tritt der Nachweis eines hinreichenden Engagements vor Ort und die erforderliche Kompetenz zur Realisierung der beantragten Projekte.

Um die für eine Neuausrichtung der Förderpolitik erforderlichen Spielräume zu gewinnen, sind insbesondere die bestehenden **Programme aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung** weiterzuentwickeln. Sie müssen dem Bedarf an Fremd- und Eigenkapital seitens kleinerer und mittlerer Betriebe und von Unternehmensgründern Rechnung tragen. Deshalb sollten entsprechende Programme als Beteiligungsfonds und Beteiligungsförderung aufgelegt werden, die sich auch an kleinere Unternehmen und einzelne Unternehmer in ländlichen Räumen richten. Als sinnvoll können sich hier auch Darlehensprogramme in Form revolvingender Fonds zu vergünstigten Konditionen für Gründer, kleinere Betriebe und Freiberufler sowie bei Betriebsübernahmen erweisen. Zusammen mit den benannten Beteiligungsinstrumenten ermöglichen sie eine stetige und längerfristige Unterstützung der Wirtschaft. Zugleich wird für Mittelgeber und Zuwendungsempfänger der Anreiz erhöht, Projekte nur noch auf Basis einer substantiellen Prüfung ihrer Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit in die Förderung aufzunehmen.

Daneben gilt unverändert, dass sich die Stärke der Wirtschaft in Deutschland und Niedersachsen maßgeblich auf die hervorragende **Infrastruktur in der Fläche** stützt. Sie beinhaltet Straßen, Ver- und Entsorgungsanlagen, aber ebenso Schulen, Kindertagesstätten und Kultureinrichtungen. Dieser Standortvorteil muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Deshalb sollten verlorene Zuschüsse auf die Investitionsförderung für Kommunen und öffentliche Körperschaften konzentriert werden. Hinzutreten müssten verbesserte Förderbedingungen für Kommunen in Haushaltsnotlage. Es ist sicher zu stellen, dass gerade solche Städte, Gemeinden und Kreise, die unter besonderer Strukturschwäche leiden, nicht aufgrund fehlender Eigenmittel von der Inanspruchnahme der Förderprogramme ausgeschlossen werden. Das Land muss auch mit Blick auf die Programme des Bundes und der Europäischen Union die Beteiligungsfähigkeit aller Kommunen gewährleisten.

Schließlich muss die Förderpolitik des Landes dem **Ansatz einer aktiven und regional differenzierten Struktur- und Raumordnungspolitik** inhaltlich gerecht werden. Wie bereits oben dargestellt, verlangt dies zunächst eine Unterstützung von Unternehmen und Kommunen anhand klarer, aus der Raumordnung abgeleiteter Kriterien. Zugleich aber ist die Raumordnung nur ein Aspekt der Förderwürdigkeit. Gleichberechtigte Gesichtspunkte bilden Kosten-Nutzen-Relationen, regionalökonomische Effekte, die Übereinstimmung mit regionalen Entwicklungszielen, die Wirkung auf regionale Innovationssysteme (RIS) und der begründete Nachweis, dass ein Vorhaben Aussicht auf dauerhafte Tragfähigkeit besitzt. Daneben verlangt eine Politik der fairen Chance, dass es unbeschadet der stärkeren Konzentration von Ressourcen einen gewissen Mittelbestand für die unbürokratische Förderung unkonventioneller Ideen, neuer Handlungs- und Wirtschaftsformen und des bürgerschaftlichen Engagements in der Fläche gibt. In der Summe ist es dieser auf Fokussierung und Aktivierung setzende Mix, der auch bei begrenzten Ressourcen bestehende Stärken optimal fördert, zugleich aber neue Entwicklungschancen eröffnet.

## Literatur

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet, Köln.
- Brandt, Arno (2010): „Das Ernährungsgewerbe in Niedersachsen“. Wirtschaft Niedersachsen Dezember 2010. Eine Studie der NORD/LB Regionalwirtschaft, Hannover.
- Danielzyk, Rainer (2010): Landesentwicklung als Regionalentwicklung. Zum Verhältnis von Regionalität und „Zentralität“ in Nordrhein-Westfalen. In: Braumeier, Jürgen; Düwell, Kurt; Heinemann, Ulrich; Petzina, Dietmar (Hrsg.): Heimat Nordrhein-Westfalen. Identität und Regionalität im Wandel. Essen: Klartext Verlag, S. 367-379.
- Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (2011): „Soziales Wachstum. Leitbild einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik“. In WISO Diskurs, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Finanzgruppe Sparkasse Niedersachsen (2010): Tourismusbarometer Jahresbericht 2010. Hannover
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen (2012): Europäische Strukturpolitik 2014-2020: Perspektiven für Niedersachsen, Hannover.
- (2011): Niedersachsen. Land in Bewegung, Hannover.
  - (2010): Künftige Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen: Defizite und Handlungsbedarf – Kriterien und Szenarien. Ein Arbeitspapier, Hannover.
- Greß, Stefan; Stegmüller, Klaus (2011): „Gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land – Ein Zukunftskonzept“ für das Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wiesbaden.
- Hahne, Ulf (2012): „Perspektiven für ein leeres Land.“ In: vdw-magazin, Magazin des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen, Heft 02.12, Hannover: S. 3-5.
- (2012b): „Ländliche Räume als Ressourcenreservoir. Jahresrückblick 2012.“ In: AgrarBündnis (Hrsg.): Landwirtschaft 2012. Der kritische Agrarbericht, Konstanz/Hamm: ABL-Verlag: S. 139-147.
- Hesse, Joachim J. (2010): Kommunalstrukturen in Niedersachsen. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen. Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften, Berlin.
- Niedersächsische Landesgesellschaft: <http://www.nlg.de/index.php?d=y>.
- Niedersächsischer Landtag (2007): Bericht der Enquete-Kommission. „Demografischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“, Hannover.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung.  
Regionalberichte: <http://www.niw.de/index.php/regionalbericht.html>.
- Niedersächsisches Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2012): „Demographischer Wandel, Fachkräftebedarf und Chancengleichheit – Sonderuntersuchung im Rahmen der ESF-/EFRE-Begleitforschung in Niedersachsen, Förderperiode 2007-2013“, Hannover.
- NORD/LB (2012): „RegioPol – Große Transformation“. Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Hannover.
- Pfaller, Alfred (2012): „Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland. Ein Überblick über die Fakten und Hintergründe“. In: WISO Diskurs, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- PrognosAG (2010): Auf einen Blick. Prognos Zukunftsatlas 2010 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Berlin, Bremen und Düsseldorf.
- Weingarten, Jörg; Lötscher, Lienhard; Kost, Klaus (2011): Neue und innovative Ansätze zur Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Als Sachverständige und ExpertInnen haben in unseren Zukunftswerkstätten „Ländliche Räume in Niedersachsen“ u. a. mitgewirkt:

Dr. Uta M. Biermann, Hannover; Holger Bornemann, Bremen; Dr. Arno Brandt, Hannover; Alexander Götz, Berlin; Professor Dr. Ulf Hahne, Universität Kassel; Birgit Honé, Sehnde; Dr. Steffen Kröhnert, Berlin; Dr. Holger Meyer, Hermannsburg; Jens Palandt, Braunschweig; Professor Dr. Axel Priebs, Hannover; Dr. Cornelius Schley, Göttingen; Andrea Schröder-Ehlers, Lüneburg; Wiard Siebels, Aurich; Andreas Schaeder, Leer; Ulrike Wolff-Gebhardt, Norden.

Leitung der Zukunftswerkstätten: Petra Wilke, Hannover.



ISBN: 978-3-86498-332-0

